

Der Landrat erläuterte nochmals kurz den Beratungsgegenstand. Man wolle sich die Möglichkeit eröffnen, seine indirekten Anteile an der EnW und SWBB an einen Dritten zu übertragen. Eine entsprechende Vereinbarung solle heute auch im Rat der Stadt Bonn beschlossen werden. Die Beratung der Details sei im Übrigen für den nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung vorgesehen.

Abg. H. Becker verdeutlichte den Standpunkt seiner Fraktion. So halte man es für richtig, dass der Kreis sich die Option zusichern lasse bzw. auch austeste, möglicherweise mit der BRS auszusteigen, weil die ursprüngliche Zielsetzung, hierdurch für die kreisangehörigen Gemeinden eine Plattform zur Umsetzung einer unabhängigen Energiepolitik zu bilden, nicht in der erhofften Art und Weise eingetreten sei. Was nunmehr am Ende der Verhandlungen zu erzielen sei, werde sodann noch mal neu zu beleuchten sein, zumal dies auch davon abhängig sein werde, wie man mit den potenziellen Partner bzw. den Partnern, die jetzt mit uns in der BRS sind, klarkomme. Es könne aus Sicht seiner Fraktion nur dann möglicherweise zu einem Verkauf kommen, wenn nicht eine Seite erhebliche Gewinne erziele und der Kreis mit den anderen Kommunen demgegenüber weit zurück bleibe.

Auch müsse in Ruhe geprüft werden, was im Falle einer Veräußerung hinterher mit dem Verkaufserlös passieren solle. Hierbei würden viele Gesichtspunkte eine Rolle spielen, so aus Sicht seiner Fraktion beispielsweise auch, wie die weitere Sanierung des Kreishauses zu betrachten sei. Es sei sodann eine ruhige und kluge Beratung des Kreises und seiner Gremien erforderlich, soweit es überhaupt zu einem Verkaufserfolg komme. Seine Fraktion werde daher dem heutigen Beschlussvorschlag zustimmen. Alles Weitere würden dann zu gegebener Zeit die Beratungen ergeben.

Abg. Hartmann führte aus, auch seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag und damit der Anteilsveräußerung heute zustimmen. Dennoch müsse man in aller Deutlichkeit sagen, dass man sich, als man vor einigen Jahren mit der BRS gestartet sei, gute Ziele wie eine einheitliche Energieversorgung, mehr Einfluss der öffentlichen Hand und ein einheitliches Versorgungsgebiet im Rhein-Sieg-Kreis verfolgt habe. Diese Punkte hätten seine Fraktion seinerzeit zur Zustimmung bewogen, dass mit der BRS ein weiterer Akteur auf den Plan in der Kreispolitik getreten sei. Nun müsse man erkennen, dass die ursprünglichen Zielsetzungen nicht erreicht werden konnten, was man sehr bedauere. An einem gewissen Punkt müsse man nun schauen, was man mit seinem Vermögen und den Werten, die man investiert und für die man im Übrigen auch Kommunalkredite aufgenommen habe, mache. Er gebe seinem Vorredner dahingehend recht, dass man jetzt einem Ausstieg zustimmen könne, wobei sich hieraus für das zukünftige Vorgehen aber nicht zwangsläufig etwas ableiten lasse. Vielmehr müsse sodann in aller Ruhe über die Verwendung eventuell zu erzielender Verkaufserlöse sowie die Prioritäten für den Kreis nachgedacht werden.

Auch sei fraglich, ob die ursprüngliche Zielsetzung überhaupt erreicht werden könne. Die derzeit handelnden Akteure in den Rathäusern und im Kreishaus seien identisch mit denen, die damals diese Entscheidung getroffen haben. Jetzt habe sich herausgestellt, dass dies nicht funktioniere. Die Begründung, nunmehr einen anderen Weg in der Energieversorgung des Kreises zu beschreiten, müsse seiner Fraktion erstmal gründlich erläutert werden. Wenn sodann die Vorschläge auf dem Tisch lägen, würde man diese vernünftig prüfen. Zum jetzigen Zeitpunkt sei man mehr als ernüchert, auch was das Stichwort „Regionale Kooperation“ angehe. Seine Fraktion habe jedenfalls damals unter ganz anderen Startvoraussetzungen ihre Zustimmung gegeben, weshalb daraus für die Zukunft nichts abzuleiten sei. Man habe sehr selbstkritisch erkennen müssen, dass der Rhein-Sieg-Kreis seine Ziele an dem Punkt nicht habe verwirklichen können.

Abg. Finke teilte mit, dass auch seine Fraktion einem Ausstieg grundsätzlich zustimme. Da man dies seinerzeit für ein Projekt mit Zukunft gehalten habe, habe man damals zugestimmt. Diese Hoffnung habe man nach den Ereignissen, die inzwischen eingetreten seien, heute nicht mehr. Deshalb sei man jetzt grundsätzlich für den Ausstieg, wobei man die hiermit verbundenen Probleme dann im nichtöffentlichen Teil noch beraten werde. Es handele sich im Übrigen nach seinem Verständnis auch nicht um Erlöse, sondern um das Zurückfließen von kreditierten Mitteln. Einer erneuten Anlage dieser freiwerdenden Mittel werde seine Fraktion aber nicht zustimmen.

Abg. Dr. Fleck wies darauf hin, dass er gegen den Beschlussvorschlag stimmen werde. Hier gehe es um die Privatisierung von Volksvermögen sowie um Globalisierung aus steuerlichen und anderen Gründen, was vielfach mit Nachteilen für den Bürger einhergehe. Auf seine entsprechenden Anfragen zu den kreiseigenen Gesellschaften habe er keine adäquaten Antworten erhalten. Man beraube sich hierdurch jeglicher Kontrollmöglichkeiten, was zu Lasten des Verbrauchers gehe, die Kosten steigere und die Qualität der Produkte nicht unbedingt verbessere.

Für Abg. Heuel war es sehr interessant, heute diese Bewertung im Nachhinein zu hören, die sich auf den Ursprungsgedanken des Engagements bezog, dass man seinerzeit kreisweit angegangen sei. Er erinnerte daran, dass die BRS als Institution, über die man kreisweite Energieinteressen sichern wollte, in Übereinkunft mit den Städten und Gemeinden entwickelt worden sei. Heute müsse man aber erkennen, dass aus unterschiedlichen Gründen diese Absichten nicht verwirklicht und die Erwartungen nicht erfüllt werden konnten. So habe die EnW die gemeinsam gestellten Ziele nicht erreicht. Deshalb sei es jetzt folgerichtig, zu erklären, dass man sich aus der Vereinbarung lösen und den Verkauf an einen kompetenten Partner „ins Auge fassen“ wolle. Es sei auch in dieser nicht ganz einfachen Diskussion mit einer Grenze zwischen öffentlicher und nichtöffentlicher Beratung schwierig, alle relevanten Dinge anzusprechen. Anliegen seiner Fraktion sei es, im Rahmen eines allgemeinen Prüfauftrags unter Berücksichtigung der Versorgungsinteressen des Rhein-Sieg-Kreises sowie unter Einbeziehung regenerativer Energien mit geeigneten Partnern ergebnisoffene Gespräche zu führen.

Zudem verwies er auf die vorliegende Energiestudie der Kreissparkasse Köln, die von der Wirtschaftsförderung des Kreises gefördert und fachlich begleitet worden sei. Diese Studie zeige eine Reihe von Denkansätzen, u. a. auch den der Geothermie. Erste Gespräche hätten allerdings gezeigt, dass hier noch eine ganze Reihe von Unwägbarkeiten bestehen. Es gebe noch keine hinreichenden Erkenntnisse, wie man in einem Versorgungsraum wie dem Rhein-Sieg-Kreis mit den neuen Techniken verfahren soll. Er glaube, hier sei es angezeigt, Ruhe zu bewahren und die Dinge entsprechend zu begleiten, um eventuell doch noch Teilziele, die man sich vorgenommen habe, erreichen zu können.